

**Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Annette Lehmann, SP):
Finanzierung der Gemeinwesenarbeit in der Stadt Bern?**

Die SP/JUSO Fraktion hat mit Bestürzung die beschlossene Sparmassnahme im Bereich der Gemeinwesenarbeit zur Kenntnis genommen. Für uns ist es unverständlich, dass diese kurzfristige und überstürzte Sparmassnahme im Grossen Rat eine Mehrheit gefunden hat. Diese Kürzung betrifft die Stadt Bern empfindlich. Betroffen ist die Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit vbg mit den 22 Quartierzentren. Diese prägen das soziale und kulturelle Leben in den Quartieren der Stadt Bern massgeblich mit. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Quartierentwicklung, sie unterstützen die Integration, sie helfen mit, Konfliktsituationen in Quartieren zu entschärfen und erbringen einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt und zur Belebung des Quartierlebens.

Die Gemeinwesenarbeit soll als gemeinsame Aufgaben von Kanton und Stadt für die soziale Integration verstanden werden und deshalb auch entsprechend über den Lastenausgleich finanziert werden. Die SP/JUSO-Fraktion kann diese vom Grossen Rat kurzfristig beschlossene Massnahme nicht akzeptieren und stellt deshalb dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Was unternimmt der Gemeinderat für die Sicherung der Finanzierung der Gemeinwesenarbeit? In welcher Form interveniert er beim Kanton?
2. Was bedeutet diese Sparmassnahme für die Stadt Bern und für die Zukunft der Gemeinwesenarbeit?

Begründung der Dringlichkeit

Die Sparmassnahme wurde am Mittwoch 28.11.2012 vom Grossen Rat bereits für 2013 beschlossen, drei Tage nach der Abstimmung zum PGB 2013 der Stadt Bern. Es braucht eine rasche Klärung der Situation.

Bern, 29. November 2012

Erstunterzeichnende: Annette Lehmann

Mitunterzeichnende: Silvia Schoch-Meyer, Thomas Göttin, Miriam Schwarz, David Stampfli, Rithy Chheng, Patrizia Mordini, Rudolf Keller, Bettina Stüssi, Giovanna Battagliero, Stefan Jordi, Halua Pinto de Magalhães, Gisela Vollmer, Lea Kusano, Ursula Marti